

Keine Studiengebühren in Rheinland-Pfalz? Interview mit Kulturminister Prof. Zöllner

Das Gespräch führte Prof. Stefan Hradil



Prof. Dr. Stefan Hradil, Mainz



Professor Dr. E. Jürgen Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur, Rheinland-Pfalz

Prof. Hradil

Herr Minister Zöllner, eine ganze Reihe von Bundesländern steht ja vor der Einführung von Studiengebühren. Also wer dort studieren will, soll demnächst 500,- € pro Semester zahlen. Viele Professoren und Uni-Bedienstete begrüßen das, aber viele Studierende protestieren dagegen. Warum wollen Sie in Rheinland-Pfalz keine Studiengebühren erheben? Warum setzen Sie sich darüber hinaus auch in der SPD allgemein für Gebührenfreiheit ein?

Prof. Zöllner

Weil ich der festen Überzeugung bin, dass tatsächlich Studiengebühren abschrecken, vor allen Dingen diejenigen, die finanziell von zu Hause aus, wie man so schön sagt „nicht gut ausgestattet“ sind. Es wird auch nicht – wie man ja jetzt in Hessen sieht – bei 500,- € pro Semester bleiben. Dort sind ja schon 1.500,- € im Gespräch. Und man kann mir sagen, was man will – wenn man ein oder zwei Kinder im Studium hat und dann eben je nach Höhe mindestens eintausend, möglicherweise drei- bis viertausend Euro zusätzlich aufbringen muss, dann wird es viele abschrecken. Und es gibt bisher kein funktionierendes Stipendensystem; das ist alles leeres Gerede. Ich glaube auch nicht, dass die positiven Effekte, die sich möglicherweise Professoren davon versprechen, eintreten werden. Es wird mittel- und langfristig nicht zu mehr Geld für die Hochschulen führen, sondern eher zu weniger, weil man den Staat aus der Finanzierungsverantwortung nimmt und er auch bei Studiengebühren eben 95 % der Kosten ja tragen muss. Im Klartext: Wenn ich Präsident wäre und ich würde eintausend für jeden Physikstudenten zusätzlich bekommen, würde ich mich im ersten Augenblick freuen, im nächsten Semester würde ich den Dekan zu mir bestellen, die Werbemaßnahme sofort zu stoppen, weil ich gemerkt hätte, dass ich die neuntausend zusätzlichen Euro, die ich brauche, um den Physikstudenten auszubilden, den Theologen oder Anglisten wegnehmen muss. Das heißt, die Rech-

nung wird nicht aufgehen, weil nicht automatisch damit eine Art entsprechender Anstieg der staatlichen Finanzierung kommt, um nur ein Beispiel zu sagen.

Prof. Hradil

Die meisten Länder denken ja, wenn ich richtig informiert bin, an nachlaufende Studiengebühren, also ein Kreditsystem. Gibt es tatsächlich Belege dafür, dass ein Nachlaufen, auch ein nachlaufendes Gebührensystem Studierende abschreckt?

Prof. Zöllner

Belege gibt es weder für das eine noch für das andere. Man kann es nur plausibel machen. Nachlaufend bei den bisher diskutierten Dingen ist ja nur die Rückzahlung, das heißt, es wird ein Kredit aufgenommen. Die jungen Menschen wissen, dass sie eine zusätzliche finanzielle Belastung irgendwann haben; sie müssen aber sofort Geld zahlen, sie bekommen es nur über ein Kreditsystem letzten Endes gestundet. Ich darf Ihnen versichern, dass es möglicherweise in gewissen Bevölkerungskreisen kein Problem ist, wenn man weiß, dass man nachher mit einer Schuldenlast von zehn-, zwanzig-, dreißigtausend Euro ins Berufsleben startet. Ich darf Ihnen aber versichern, dass es viele gibt, die dann sagen, „o. k. dann muss es ja nicht sein“.

Prof. Hradil

Ich würde jetzt wie gesagt gerne darauf zu sprechen kommen, wie – das scheint mir das eigentlich Spannende ja an der jetzigen Situation zu sein -, und das war der eigentliche Grund, weshalb wir im Herausbergergremium gesagt haben, wir würden da gerne ein Interview von Ihnen haben. Also, *wie* das durchzuhalten ist. Aber vielleicht erst mal das: Derzeit werden ja – wenn ich das recht sehe – die Bundesländer belohnt, die relativ zu ihrem Bedarf *weniger* Studienplätze als andere Bundesländer anbieten. Sie exportieren Studierende und profitieren im Grunde von den Studienplätzen in anderen Ländern. Und von diesen im Grunde falschen Anreizstrukturen ergeben sich ja eine ganze Menge von Unterausstattungen in Universitäten mancher Bundesländer. Und von Studiengebühren versprechen sich viele eine verbesserte Ausstattung an Studienplätzen. Wie wollen Sie ohne Studiengebühren erreichen, dass *mehr* Studienplätze angeboten werden in Zukunft und dass die falschen Anreizstrukturen verschwinden?

Prof. Zöllner

Sie haben Recht. Das Grundübel liegt in einer nicht vernünftigen Systematik der Hochschulfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland. Im Klartext: Wie sie jetzt bei der Exzellenzinitiative sehen: Sie werden als Land und als Universität dafür belohnt, indem sie die größte Herausforderung, die wir im Augenblick haben, wo *alle* sagen, dass es die größte Herausforderung ist und eben mehr Studienplätze zu schaffen, wenn sie sich gegenteilig verhalten, möglichst wenig schaffen, die Infrastruktur für die Wissenschaft verbessern und möglicherweise dadurch von den zusätzlichen Mitteln des Bundes profitieren. So kann es nicht gehen! Deswegen ja der Vorschlag von uns, dass man nach dem sog.

Vorteilsausgleich die Studienplatzfinanzierung macht, d. h. letzten Endes kommt, und zwar in der *echten* Größenordnung wie Kosten entstehen, die Finanzierungsverantwortung den Ländern zu, aus denen die Studierenden kommen. Das würde automatisch dazu führen, dass jedes Land ein Interesse daran hat, mehr Studienplätze zu machen, jede Hochschule hätte ein Interesse daran, Studienplätze anzubieten, weil sie das refinanziert bekommt in echtem Maße. Dieses wird unheimlich unbürokratisch umsetzbar; alle Daten, die man dazu braucht, sind vorhanden und es funktioniert: Wie die Schweiz zeigt, ist es kein theoretisches Modell, sondern ein echtes. Und ich habe jetzt noch vorgeschlagen, dass durch die Änderung der Verfassung, wo es möglich ist, dass der Bund sich auch an der Finanzierung der Lehre an den Hochschulen beteiligen kann, dass das eine Möglichkeit wäre, dass der Bund zum Beispiel die Kosten für die Studierenden aus den Entwicklungsländern übernimmt. Nur nebenbei bemerkt: es ist eine Größenordnung von über 500 Millionen, die jetzt schon von den Ländern aufgebracht werden und insgesamt natürlich als unsere Entwicklungshilfe verkauft wird in der öffentlichen Darstellung. Das heißt, die 0,7 % am Bruttoinlandsprodukt für Ausgaben für Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland, sind zum großen Teil Kosten, die die Länder aufgebracht haben.

Prof. Hradil

Nun, ich glaube dieser Vorteilsausgleich wird ja überwiegend als eine sehr sachgerechte und die Struktur verändernde Idee gepriesen. Nur wie sehen Sie es mit den Realisierungschancen?

Prof. Zöllner

Jede Systemänderung, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, aber möglicherweise da besonders, ist schwierig. Das ist kein Selbstläufer. Aber ich kenne keinen einzigen, auch keinen einzigen Politiker, der sagt, es wäre nicht vernünftig. Sie sagen höchstens, die, die es nicht machen wollen, das geht nicht aus irgendwelchen verfassungsrechtlichen oder sonstigen Gründen. Kein Sachargument, und es wird unterstützt auch von neutralen Institutionen, wie dem CAE oder den Industrie- und Wirtschaftsverbänden, die eindeutig sagen, es ist der einzige Ansatz. Es gibt ein paar Länder: Logischerweise, die, die jetzt im ersten Schritt davon profitieren würden, die das ja unterstützen, wie Bremen oder Hamburg oder Berlin. Und es hat mich gefreut, dass auch ein CDU-Ministerpräsident – derjenige von Sachsen – gesagt hat, das ist die einzige sinnvolle und vernünftige Maßnahme, um in den gesamten neuen Ländern vernünftig in Zukunft Hochschulpolitik betreiben zu können. Lange Rede, kurzer Sinn: Die Sache ist nicht gewonnen; das ist kein Selbstläufer. Aber ich meine, wenn man in der Politik nicht den Mut hat, auch was anzugreifen, was vernünftig ist, was nicht von vornherein schon läuft, dann brauchen wir keine Politik.

Prof. Hradil

Danke! Jetzt zum Nebeneinander von Ländern mit und Ländern ohne Studiengebühren. Also wenn einige Länder in Deutschland Studiengebühren einführen werden, wie kann zum Beispiel dann das Land Rheinland-Pfalz, wo keine Studiengebühren erhoben werden sollen, verhindern, dass Studierende aus anderen

Bundesländern die Hochschulen in Rheinland-Pfalz überschwemmen? Also wie soll diese Gebührenfreiheit durchgehalten werden? Kann es überhaupt ein Nebeneinander von Ländern mit und ohne Studiengebühren geben?

Prof. Zöllner

Sie sprechen genau den zentralen Punkt an. Ich habe immer, immer akzeptiert, dass ein Land das Recht haben muss, Studiengebühren einzuführen. Dann haben aber die Länder, die das einführen, damit automatisch eine Verpflichtung, das Gesamtsystem so zu gestalten, dass es einem anderen Land auch möglich ist, keine einzuführen. Also dies schließt quasi eine moralische Verpflichtung ein, für ein Hochschulfinanzierungssystem zu sorgen, wie wir es vorgeschlagen haben, die ein solches Nebeneinander ermöglichen würden. Im Klartext: Wenn ich von den Hessen für jeden Physikstudenten dann eintausend Euro bekomme, dann trage ich das mit Fassung, wenn da mehr Hessen nach Rheinland-Pfalz kommen. Denn dann bin ich in der Lage, den Zustrom nach Rheinland-Pfalz letzten Endes zu finanzieren, weil die zusätzliche Kostenbelastung ja de facto dann finanziert wird. Das heißt, ein solches System ermöglicht das Nebeneinander zwischen Ländern, die Studiengebühren erheben und nicht. Übrigens auch da können wir uns von der Schweiz ein Vorbild nehmen: Alle Studiengebührenbefürworter führen immer die Schweiz dafür an, dass es dort funktioniert und gut ist, Studiengebühren einzuführen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Voraussetzung, dass es in der Schweiz funktioniert, die Tatsache ist, dass die den Vorteilsausgleich haben. Das ermöglicht auch das Nebeneinander zwischen Universitäten, die höhere und niedrigere Gebühren oder gar keine Gebühren erheben.

So, das ist das eine. Deswegen unser Kampf oder unser Einsatz für ein vernünftiges System. So lange das nicht geht, werden wir alle Vorbereitungen treffen, die wir eingeleitet haben, dass wir dann das Studienkontensystem eben beschränken auf solche Studierende in Rheinland-Pfalz, die ihren Wohnsitz in Rheinland-Pfalz haben. So und dann sagt man jetzt o. k. das wird ja nicht helfen, die werden sich ummelden. Dem sehe ich mit Fassung entgegen, denn, Tatsache ist, dass 45 %, d. h. 45.000 die in Rheinland-Pfalz studieren, ihren Wohnsitz nicht in Rheinland-Pfalz haben. Wenn sich alle ummelden, dann bedeutet das durch den Länderfinanzausgleich, die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz, die der Berechnung des Länderfinanzausgleichs zu Grunde liegt, sich um 45.000 erhöht. Das ist in runden Zahlen ca. 2.000,- € pro Einwohner, d. h. das würde die Situation im Rahmen des Länderfinanzausgleiches für Rheinland-Pfalz um 90 Millionen €, die wir schlagartig mehr hätten, verbessern. Damit kann man schon ein paar Studierende ausbilden. Und ich gehe davon aus, dass meine Kollegen das irgendwo verstehen werden. Und um ein Gefühl für die Größenordnung zu bekommen: Im Moment bekommt das Land Rheinland-Pfalz ca. 190 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich. Das wäre eine Steigerung von 50 %. Das zeigt die ganze Problematik und Dimension, um die es hier geht, wie man vernünftig regeln könnte, wenn man unserem Vorschlag folgt.

Prof. Hradil

Was ist aber, wenn dieses Landeskinderprivileg rechtlich nicht Bestand hat?

Prof. Zöllner

Wir gehen davon aus, dass es Bestand hat! Ich habe selbstverständlich mir dies durch entsprechende Gutachten absichern und prüfen lassen: Nach dieser Sachlage ist es so, dass ein Bezug eben auf den Wohnsitz, gerade auch in Verbindung mit den Konsequenzen mit dem Länderfinanzausgleich, dass der rechtlich haltbar ist. Andere Möglichkeit wäre der Bezug auf den Wohnsitz der Eltern, weil die ja letzten Endes „Steuern zahlen“, damit dann ihre Kinder durch die Leistungen des Staates ausgebildet werden können. Wir sind diesen Weg bewusst nicht gegangen, weil er eben auch unserer Grundposition, möglichst viel Flexibilität zu etablieren, nicht entsprochen hat. Übrigens gibt es in Bremen eine Regelung, die der unsrigen sehr ähnlich ist und die rechtlich ja Bestand hat.

Prof. Hradil

Gelegentlich kommen einem Hochschullehrer Visionen: Was wäre denn, wenn der große Zustrom von Studierenden aus anderen Bundesländern mit Studiengebühren hier auf einen flächendeckenden Numerus clausus treffen würde, so dass wir nur die besten Studierenden in Bundesländern ohne Studiengebühren bekommen?

Prof. Zöllner

Ich schließe nicht aus, dass es notwendig sein wird, die Zahl der leider schon jetzt vorhandenen Fächer, mit Numerus clausus, auszuweiten. Ich weise aber auch darauf hin, dass wir von uns aus sogar sofort vorgeschlagen haben, dass 10%, also dass entsprechend 10% der Zahlen, die dann als Nicht-Rheinland-Pfälzer Studiengebühren zahlen müssten, das die Hochschulen die Möglichkeit bekommen, besonders begabten Studierenden dann auch die Möglichkeit des kostenlosen Studiums zu lassen, weil ich sehr wohl – dazu bekenne ich mich – weil gerade für besonders engagierte und begabte junge Studierende Rheinland-Pfalz attraktiv sein möchte, hier die Ausbildung zu machen.

Prof. Hradil: Vielen Dank Herr Zöllner!

